

N1

- nur per VIS-GG -

Datum	20.02.2025
Bearbeiter:	Frau Irina Abraham
Gesch-Z.:	105-T13- 3841/1134+11#37820/2025
Hausanschluss:	+49 335 60676- 5284
Fax:	+49 335 560-3146

T13

Antrag der Firma VERBIO Pinnow GmbH auf Genehmigung nach § 4 BImSchG zur Errichtung und Betrieb einer Biomethananlage und Aufbau einer Rohstoffverarbeitungslinie am Standort 16278

Pinnow

G04524

Abschließende Stellungnahme

I. Allgemeines

I.1 Antragsgegenstand

Die VERBIO Pinnow GmbH betreibt am Standort Pinnow im Landkreis Uckermark eine immissionsschutzrechtlich genehmigte Anlage zur Herstellung von Biomethan (Nebenprodukt Düngemittel) und beabsichtigt eine Anlagenerweiterung.

Die beantragte Anlagenerweiterung umfasst die Errichtung einer getrennten Anlage zur Nassvermahlung von Abfall (2. Rohstoffverarbeitungslinie im nördlichen Anlagenbereich) sowie eine Kapazitätserweiterung. Die Gesamtanlage wird aus der bestehenden Vermahlungslinie für trockene Strohballen und einer weiteren separaten Linie zur Nassvermahlung von Stroh und Rindermist bestehen.

Das Vorhaben bedarf einer Neugenehmigung nach § 4 BImSchG. Für die vorzeitigen umfangreichen Erdarbeiten und vorbereitenden Maßnahmen ist ein Antrag nach § 8a BImSchG gestellt worden.

I.2. Prüfumfang

Nach § 1 Abs. 3 NatSchZustV ist bei dem Vorhaben, das einer Genehmigung nach BImSchG durch eine Landesoberbehörde (LfU, Referat T13) bedarf, die Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege (LfU, Referat N1) für alle naturschutzrechtlichen (einschließlich der artenschutzrechtlichen) Entscheidungen und Maßnahmen zuständig, die in Bezug auf das Vorhaben zu treffen sind.

Mit VIS-GG vom 09.08.2024 ist das Referat N1 zur Prüfung der Vollständigkeit der Antragsunterlagen bzw. zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Im Ergebnis der überschlägigen Vollständigkeitsprüfung sind mit Schreiben vom 26.08.2024 weitere naturschutzfachliche Unterlagen nachgefordert worden. Die dazu eingegangenen Antragsergänzungen wurden am 04.10.2024 und 14.10.2024 an das Referat N1 zur Prüfung übermittelt.

Aus naturschutzfachlicher Sicht konnte dem beantragten vorzeitigen Beginn mit Schreiben vom 24.10.2024 und unter Auflagen zugestimmt. Werden.

Der vorzeitige Baubeginn nach § 8 a BlmSchG wurde mit Bescheid vom 29.10.2024 zugelassen.

Mit E-Mail vom 01.11.2024 ist dem Referat N1 der Baubeginn zum 18.11.2024 angezeigt worden.

Auf meine Nachforderungsschreiben wurden vom Vorhabenträger letztmals am 03.02.2025 prüfrelevante Unterlagen/Angaben eingereicht.

Für die abschließende Prüfung lagen insbesondere der Genehmigungsantrag (Erstelldatum 06.11.2024) und folgende naturschutzfachlich relevanten Antragsunterlagen vor:

- Artenschutzrechtliche Stellungnahme vom 01.10.2024
- Unterlage zur Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls vom 27.01.2025 (Revision 2)

Der Vorhabenstandort befindet sich in einem Industrie- und Gewerbegebiet östlich der Gemeinde Pinnow. Bauplanungsrechtlich ist der Vorhabenstandort dem Innenbereich (nach § 34 BauGB) zuzuordnen. Gemäß § 18 Abs.2 BNatSchG ist für das Vorhaben die Eingriffsregelung nach §§ 14 bis 17 BNatSchG nicht anzuwenden und somit nicht Prüfgegenstand in diesem Verfahren.

Die Betroffenheit folgender Schutzgebiete bzw. geschützten Teile von Natur und Landschaft kann aufgrund der Entfernungen zum Vorhabenstandort ebenfalls ausgeschlossen werden:

- Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Nationalparke, Naturparke, Biosphärenreservate nach §§ 23 bis 27 BNatSchG
- Naturdenkmäler und geschützte Landschaftsbestandteile nach §§ 28, 29 BNatSchG i.V.m. § 17 BbgNatSchAG

Somit verbleiben folgende Belange, die in der Stellungnahme näher behandelt werden:

- Natura 2000-Gebiete nach § 32 ff. BNatSchG
- Gesetzlicher Biotopschutz nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 18 BbgNatSchAG
- Besonderer Artenschutz nach § 44 BNatSchG

II. Naturschutzrechtliche Entscheidungen

Im Genehmigungsbescheid sind keine gemäß § 13 BlmSchG zu konzentrierenden Entscheidungen des Naturschutzes erforderlich.

III. Regelungen des Naturschutzes (Inhalts- und Nebenbestimmungen)

Unter Berücksichtigung der bereits erteilten Auflagen zum vorzeitigen Baubeginn ist die folgende naturschutzrechtliche Nebenbestimmung in den Genehmigungsbescheid aufzunehmen:

- Bei den Errichtungsmaßnahmen bzw. bei Realisierung des Vorhabens ist zu gewährleisten, dass die Kompensationspflanzungen (Gehölzpflanzungen an der nördlichen Anlagengrenze) nicht beeinträchtigt werden.

IV. Begründung

IV.1 NATURA 2000 –Gebiete (§ 32 ff. BNatSchG)

Nach § 33 BNatSchG sind alle Veränderungen und Störungen unzulässig, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines NATURA 2000-Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele (EHZ) oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen können. Projekte/Vorhaben sind vor ihrer Zulassung (durch die Zulassungsbehörde im Einvernehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde) auf die Verträglichkeit mit den EHZ des NATURA 2000-Gebietes zu überprüfen, wenn sie geeignet sind, das Gebiet erheblich zu beeinträchtigen (§ 34 Abs. 1 BNatSchG, § 16 Abs.1 BbgNatSchAG).

Die nächstgelegenen NATURA- 2000 - Gebiete befinden sich südöstlich vom Anlagen-/Vorhabenstandort in einer Entfernung von ca. 320 m (FFH-Gebiet "Felchowseegebiet", DE 2950-302) und ca. 330 m (europäisches Vogelschutzgebiet "Unteres Odertal", DE-2951-401).

In der eingereichten Unterlage zur Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls (Stand 27.01.2025) wurden die vorhabenbedingten Auswirkungen auf die NATURA 2000-Gebiete betrachtet.

Stoffliche Auswirkungen durch vorhabenbedingte Stickstoff- und Säureeinträge können gemäß den Antragsunterlagen ausgeschlossen werden, da die jeweiligen Abschneidekriterien erheblich unterschritten werden.

Nichtstoffliche Auswirkungen durch die Grundwasserabsenkung und anlagenbedingte Geräuschimmissionen können ausgeschlossen werden. Bei der im Rahmen des vorzeitigen Baubeginns bereits durchgeführten Grundwasserabsenkung handelte es sich um eine kurzfristige, temporäre Maßnahme, die nicht zu Beeinträchtigungen von wasserabhängigen Biotopen in den NATURA2000-Gebieten geführt hat. Das europäische Vogelschutzgebiet "Unteres Odertal" bzw. die wertgebenden Vogelarten wird nicht durch vorhabenbezogene Geräuschimmissionen beeinträchtigt, da die Zusatzbelastung der durch den Betrieb der Gesamtanlage verursachten Beurteilungspegel werktags und sonntags für den Tag-und Nachtzeitraum an den Immissionsorten gemäß Immissionsprognose um mind. 15 dB(A) unter den zulässigen Immissionsrichtwerten liegen wird und somit 55 dB(A) nicht überschreitet.

Die fachliche Prüfung hat ergeben, dass das Vorhaben nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen der NATURA 2000-Gebiete führen kann.

IV.2 Gesetzlicher Biotopschutz (§ 30 BNatSchG i.V.m. § 18 BbgNatSchAG)

Das Vorhaben soll auf dem stark anthropogen geprägten Betriebsgelände, auf einer Schotterfläche realisiert werden. Wertvolle Biotopstrukturen sind daher im Vorhabenbereich nicht vorhanden.

Nach § 30 BNatSchG sind Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope führen können. Gemäß § 18 Abs. 2 BbgNatSchAG kann auch der Eintrag von Stoffen zu erheblichen Beeinträchtigungen führen, wenn das Biotop durch den Eintrag nachteilig beeinflusst wird.

Im Untersuchungsraum befinden sich gemäß Pkt, 4.5.8 der Unterlage zur Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gesetzlich geschützte Biotope (ggB).

In den Unterlagen wird dargelegt, dass die vorhabenbezogene Zusatzbelastung an den beurteilungsrelevanten Biotopen (BUP 3 bis 5) die Abschneidekriterien für Stickstoffeinträge (0,3 kg N/ha*a) und Säuredeposition (2 keq/ha*a) weit unterschreitet.

Insofern sind erhebliche Beeinträchtigungen von empfindlichen ggB/FFH-Lebensraumtypen durch vorhabenbedingte Stoffeinträge auszuschließen.

Die kurzfristige baubedingte Grundwasserabsenkung wurde bereits im Rahmen des zugelassenen vorzeitigen Baubeginns in der vegetationsarmen Zeit durchgeführt. Sonstige Beeinträchtigungen der ggB und FFH-LRT durch die Realisierung des Vorhabens sind nicht erkennbar.

IV.3 Besonderer Artenschutz (§ 44 Abs. 1 und 5 BNatSchG)

Für Vorhaben i.S. des § 18 Abs. 2 S. 1 BNatSchG (hier Vorhaben im Innenbereich nach § 34 BauGB) gelten die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG (entsprechend § 44 Abs. 5 BNatSchG) für Arten nach dem Anhang IV der FFH-Richtlinie und für europäisch geschützte Vogelarten.

Mit den Antragsunterlagen wurden eine artenschutzrechtliche Stellungnahme eingereicht.

Die Vorhabenfläche befindet sich auf dem Anlagengelände des Vorhabenträgers im Industrie- und Gewerbepark Pinnow. Die beantragten Anlageneinrichtungen sollen im nördlichen Bereich des Geländes auf einer Schotterfläche realisiert werden. Die neue, zu asphaltierende Straße wird die bestehende Betriebsstraße mit Betonplatten ersetzen. Durch die Umsetzung des Vorhabens können erhebliche Beeinträchtigungen besonders geschützter Biotopie ausgeschlossen werden.

Entlang der nördlichen Grenze des Anlagengeländes verläuft ein Grünstreifen mit kleinem Damm und eine Gehölzpflanzung. In ca. 10 m Entfernung befindet sich ein Kieferforst.

Eine Begehung der Vorhabenfläche fand am 27.09.2024 statt.

Brutvögel

Die Begehung hatte ergeben, dass in den zur Vorhabenfläche benachbarten Gebäuden mehrere (wiederholt genutzte) Niststätten von europäisch geschützten Brutvögeln (Rauch-, Mehlschwalben, Haussperling) vorhanden sind. Ein Abriss oder eine Änderung bestehender Gebäudestrukturen ist nicht vorgesehen/nicht erforderlich. Im Bereich des nördlich befindlichen Kiefernforstes ist ein Vorkommen gehölzbrütender Vogelarten anzunehmen.

Durch Errichtungsmaßnahmen während der Brutzeit ist davon auszugehen, dass eine Vergrämung der Brutvögel erfolgt, somit eine Nutzung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten in den angrenzenden Strukturen nicht möglich ist und artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG betroffen sind, da auch eine verhinderte Nutzung der Niststätten den Verbotstatbestand erfüllt. Deshalb wurde mit der Stellungnahme zum vorzeitigen Baubeginn die Festlegung getroffen, dass die vorhabenbezogenen (geräuschintensiven) Baumaßnahmen außerhalb der artspezifischen Brutzeiträume durchzuführen sind.

Reptilien / Zauneidechsen

Der Zeitpunkt der Überprüfung zum Vorkommen von Reptilien/ Zauneidechsen (Ende September) ist für eine fachliche Beurteilung ungeeignet, eine einmalige Begehung unzureichend.

Abweichend von den Ausführungen in den Antragsunterlagen wird fachlich eingeschätzt, dass die an das Anlagengelände angrenzenden Habitatstrukturen (Grünstreifen, Gehölze, Waldsaum) durchaus ein Lebensraumpotential für Zauneidechsen aufweisen könnten. Insbesondere im Sommer/Spätsommer kann ein Einwandern von Jungtieren auf die Vorhabenfläche nicht ausgeschlossen werden.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung/Verletzung) kann durch Einhaltung einer Bauzeitenregelung verhindert werden. Durch die im Rahmen des zugelassenen vorzeitigen Baubeginns festgelegte Bauzeit vom 01.10. bis 15.03. wurde dies sichergestellt. Der Baubeginn erfolgte am 18.11.2024.

Eine Betroffenheit anderer planungsrelevanter Tierarten kann aufgrund der vorhandenen Habitatausstattung ausgeschlossen werden.

IV.4 Sonstiges

Gemäß Eingriffs- und Kompensationsflächen-Informationssystem (EKIS) befinden sich Kompensationsflächen (Gehölzpflanzungen) aus der Eingriffskompensation der genehmigten Stroh- und Biomethananlage (G11916) entlang der nördlichen Anlagengrenze

Es muss sichergestellt werden, dass die Kompensationspflanzungen durch die Errichtungsmaßnahmen bzw. bei Realisierung des Vorhabens nicht beeinträchtigt werden.

Im Ergebnis der fachlichen Prüfung ist festzustellen, dass das beantragte Vorhaben naturschutzrechtlich zulässig ist.

Irina Abraham

Dieses Dokument wurde am 20.02.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.
--